

GESCHICHTSSCHREIBUNG ZU DEN BÖHMISCHEN LÄNDERN IM 20. JAHRHUNDERT

Wissenschaftstraditionen – Institutionen – Diskurse, Teil II (1938-1989)

Jahrestagung des Collegium Carolinum 2004, Bad Wiessee, 11.-14. November 2004

Wie bereits im vergangenen Jahr war auch 2004 die Jahrestagung des Collegium Carolinum der Historiographie zu den böhmischen Ländern gewidmet. Hatte der Fokus bei der ersten Historiographietagung auf dem Zeitraum bis 1952 gelegen,¹ sollte in diesem Jahr insbesondere die Nachkriegsepoche bis 1989 diskutiert werden. Die Konferenz bildete den vorläufigen Abschluss einer Reihe von Veranstaltungen, die sich in den Nachwehen der auf dem Historikertag von 1998 angestoßenen innerfachlichen Vergangenheitsbewältigung mit der deutschen Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert auseinander setzten. Anders als die Konferenz der Historischen Kommission für die böhmischen Länder im Oktober 2004, die sich vornehmlich mit den für ihre eigene Geschichte und Vorgeschichte wichtigen Personen und deren Werken befasste,² verwehrt sich die Tagung des Collegium Carolinum bewusst einem biographischen Zugang. Sie rückte vielmehr die Institutionen, Traditionen und Diskurse der historischen Forschung in den Mittelpunkt.

Ein Dokumentarfilm, eingeleitet von K. Erik Franzen (München), bildete wie im Vorjahr den informellen Auftakt der Veranstaltung. „Der Präsident im Exil“, eine DDR-Produktion aus den Jahren 1968/69, porträtierte den 1968 neu gewählten Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Walter Becher. Mit dem Amtsantritt Bechers, zugleich Mitglied des Bayerischen Landtags und einer der „geistigen Väter“ des 1956 gegründeten Collegium Carolinum, war ein deutlicher Rechtsruck innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft verbunden. Ziel des collagenartigen Films des Studios H & S war es, den Revanchismus Bechers, der Landsmannschaft und generell der großen bundesdeutschen Parteien zu „entlarven“, wozu er sich geschickter Montagen und plakativer Bilder bediente. Interessant ist, dass Walter Becher nichts dagegen gehabt hätte, wäre der Film, wie es die ursprüngliche Intention der Filmemacher gewesen war, auch in der BRD ausgestrahlt worden – er fühlte sich wohl gut getroffen. Insofern stellt dieser Film nicht nur ein Stück deutsch-deutscher Zeitgeschichte dar, sondern offenbart auch das Selbstverständnis einer der Schlüsselfiguren der „sudetendeutschen Volksgruppe“ in der frühen

¹ Vgl. den Bericht von Błażej *Bialkowski* in: *Bohemia* 44 (2003) 534-541.

² Vgl. den Bericht von Christiane *Brenner* in diesem Heft der *Bohemia*.

Bundesrepublik, welche die enge Verflechtung von Politik und Wissenschaft verkörperte.

Offiziell eröffnet wurde die von Christiane Brenner (München) und K. Erik Franzen konzipierte Tagung von Martin Schulze Wessel (München), der diese sowohl in den Kontext der oben genannten Tagungen als auch der Debatte über die Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus stellte. Diese wertete er in erster Linie als Auseinandersetzung zwischen den Generationen, wobei er konstatierte, dass paradoxerweise weder die ältere noch die jüngere Generation ihren charakteristischen Ansätzen (gesellschaftsgeschichtlich/kulturgeschichtlich) folge, wenn es um die Geschichte der Geschichtsschreibung gehe, sondern Kontexte und Innenansichten häufig ausgeblendet würden. K. Erik Franzen machte im Anschluss daran deutlich, dass das Ziel der Tagung eine selbstkritische Reflexion der Inhalte, Strukturen und des Selbstverständnisses der historischen Bohemistik sei, die sich der Frage stellen müsse, warum sie die Impulse zur Aufarbeitung der eigenen NS-Vergangenheit erst verspätet und nur sehr zögerlich aufgenommen habe. Im Mittelpunkt der Tagung stünden daher die verschiedenen Kontexte, innerhalb derer sich die Geschichtswissenschaft nach 1945, in Deutschland wie in Ostmitteleuropa, neu konstituiert habe, wobei vor allem die institutionellen Rahmenbedingungen, die Netzwerkbildung der verschiedenen Historiker und Historikergruppen sowie die Verflechtung und Rückkoppelung von Wissenschaft und Politik beleuchtet werden sollten. Als Leitfragen in diesem Zusammenhang formulierte er diejenige nach der Rolle des Staates, nach der Selbstmobilisierung bzw. Instrumentalisierung von Personen und Institutionen sowie nach den Topoi und Diskursen und mahnte außerdem an, Vergleichsperspektiven zu entwickeln, um die Binnenschau aufzubrechen.

Über „Geschichtsschreibung als Herrschaftsdiskurs“ in einem Land des kommunistischen Machtbereichs sprach einleitend Martin Sabrow (Potsdam). Er stellte einen in den 1990er Jahren am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) entwickelten Ansatz zur Analyse der „gebundenen“ Geschichtswissenschaften in den Ländern des kommunistischen Machtbereichs in der Zeit der Systemkonkurrenz vor.³ Dieses, exemplarisch auf die DDR applizierte, diskursgeschichtliche Analysekonzept habe die Geschichtswissenschaft weniger auf ihre Produkte als vielmehr auf ihre „inner workings“, ihre Regeln hin analysieren wollen. Anhand dreier Beispiele machte Sabrow deutlich, dass die DDR-Geschichtswissenschaft sich offenbar innerhalb einer „Sinnprovinz mit eigenen Deutungskriterien“ abgespielt hat, welche geprägt war von einem eigenen Wissenschaftsverständnis und einem eigenen Wahrheitsbegriff, der Parteilichkeit und Objektivität in eigentümlicher Weise miteinander verband. Bezug nehmend auf den Begriff des Herrschaftsdiskurses sprach Sabrow von einem inszenierten Gespräch über die Vergangenheit innerhalb einer gelenkten Gesellschaft, das sowohl von oben gesteuert gewesen sei als auch innerhalb der Grenzen der Geschichtswissenschaft eine eigene

³ Vgl. dazu Sabrow, Martin (Hg.): *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*. Köln, Weimar, Wien 2000. – *Ders.*: *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949-1969*. München 2001 (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit 8).

Bindekraft und Plausibilität entfaltet habe – bisweilen mit Rückwirkungen auf die Ebene der Politik. Neben der „Entdifferenzierung von Faktizität und Fiktionalität“ identifizierte er den historischen Präsentismus als ein weiteres wesentliches Charakteristikum des historischen Herrschaftsdiskurses in der DDR. Die nationale Blickverengung als einer der Schwachpunkte des Konzeptes wurde in der anschließenden Diskussion von Peter Haslinger (München) aufgegriffen, der die Frage nach den Außenbezügen des ostdeutschen Diskurses und nach der Rolle der bundesdeutschen Historiographie stellte.

Die erste und zugleich größte Sektion der Tagung „Institutionen und Diskurse tschechischer Historiographie 1945-1989“ eröffnete Christiane Brenner mit einigen Thesen zur Entwicklung der tschechischen Historiographie nach 1945. Ausgehend von dem Dokument „Právo na dějiny“ (Ein Recht auf Geschichte) aus dem Jahr 1984 fragte sie im Hinblick auf mögliche Brüche und Kontinuitäten vor allem nach dem Selbst- und Fachverständnis der neu etablierten tschechischen Geschichtswissenschaft, ihrem Verhältnis zu Staat und Nation sowie nach den nach 1945 gültigen Geschichtsbildern und Deutungsmustern. Für die unmittelbare Nachkriegszeit beobachtete Brenner eine enge gegenseitige Durchdringung von Geschichtswissenschaft und Politik: Dem hohen Politisierungsgrad der Disziplin habe ein ebenso hoher Grad von Historisierung der Politik entsprochen. Unter Verbindung von Kommunismus und Patriotismus, die von dem Doyen der tschechischen marxistischen Historiographie, Zdeněk Nejedlý, vorgegeben wurde, und bei gleichzeitiger Verengung des Nationsbegriffs aus das „einfache Volk“ bemühte sich die Geschichtsschreibung der 1950er Jahre, die nationale Tradition der tschechischen Historiographie fortzuführen. Am Beispiel Masaryks und der Ersten Republik demonstrierte Brenner, wie zentrale Ereignisse und Personen bis Mitte der 1950er Jahre dazu einer sukzessiven Umwertung unterzogen wurden. Diesen Vorgang wertete sie als Ausdruck eines gelungenen Zusammenspiels von Geschichtswissenschaft und Politik, wenn sie unter den Historikern auch keinen „natürlich entstehenden Konsens“ auszumachen vermochte, wie Sabrow es noch für die DDR beobachtet hatte. Im Gegenteil: Schon in den 1950er Jahren kam es zu Konflikten linientreuer Marxisten untereinander wie auch mit dem Regime, welche die Diskussionen um das Selbstverständnis des Faches in den 1960er Jahren vorzeichneten. Interessanterweise setzte in der Zeit der so genannten „Normalisierung“ aber kein umfassender „interpretatorischer roll-back“ innerhalb der Historiographie ein, die von Václav Král auf den neuen (alten) Kurs gebracht wurde. Vielmehr, so Brenner, seien auch innerhalb der offiziellen Historiographie zum Teil Forschungsansätze der späten 1960er Jahre fortgeführt bzw. wieder aufgenommen worden.

Zu einem noch unerforschten Thema, nämlich der Geschichte der DDR-ČSSR-Historikerkommission sprach im Anschluss Edita Ivaničková (Bratislava). Diese Kommission war 1954 als erste bilaterale Kommission der Tschechoslowakei gegründet worden und diente neben dem personellen Austausch vor allem dem fachlichen Dialog. So gab die Kommission bereits Anfang der 1960er Jahre einige wissenschaftliche Sammelbände heraus, in denen allerdings heikle Fragen wie etwa die Vertreibung der Deutschen ausgeklammert wurden. Nach heftigen Kontroversen über zuvor tabuisierte Themen musste die Kommission ihre Arbeit 1967 einstellen,

um schließlich 1972 in neuer personeller Besetzung wieder eingesetzt zu werden. Die nun folgende Zeit bezeichnete Ivaničková als eher „düster“, seien doch nunmehr vorwiegend ideologische Fragen diskutiert worden. Bedřich Loewenstein (Berlin) betonte in der Diskussion allerdings, dass für die tschechoslowakische Seite weniger die Ideologie als ein regelrechter „Wissenschaftstourismus“ im Vordergrund gestanden habe. Die Flaute in der Kommissionstätigkeit nach 1972 erklärte er folglich mit dem Hinweis, dass die tschechischen und slowakischen Historiker lieber in den Westen gereist seien. Hans Lemberg (Marburg) ergänzte, dass es gerade in den Zeiten weniger intensiver DDR-ČSSR-Beziehungen verstärkt zu BRD-ČSSR-Initiativen etwa im Bereich der deutsch-tschechoslowakischen Schulbuchkommission gekommen sei.

Die Nachmittagssitzung, in der es vor allem um die Narrative und Diskurse der tschechischen Historiographie nach 1945 ging, leitete Pavel Kolář (Potsdam) mit einem Vortrag über „Kontinuität und Wandel nationalgeschichtlicher Meistererzählungen in der tschechischen Geschichtsschreibung“ ein. Kolář stellte die Frage nach einer „genuin stalinistischen“ Geschichtsschreibung in der Tschechoslowakei und skizzierte anhand verschiedener Beispiele die Entstehungskontexte und Entwicklungslinien der tschechoslowakischen marxistischen Geschichtswissenschaft nach 1948. Neben dem „sowjetischen Modell“ der Geschichtsdeutung identifizierte er insbesondere den „sozialistischen Realismus“ als Einflussfaktor für die neue Geschichtsschreibung. Dessen literarisches Genre, der Aufbauroman, weise Parallelen zu den marxistischen Geschichtsnarrativen auf. Als Beispiel eines – gescheiterten – nationalhistorischen Großprojekts nach sowjetischem Vorbild nannte Kolář den vom Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften seit 1952 erarbeiteten „Überblick über die tschechische Geschichte“, der lediglich das Stadium einer vierbändigen Maquette erreichte, da nach 1963 Detailstudien und kritische Selbstreflexionen den „Drang“ nach einer Synthese der Nationalgeschichte vorerst überlagerten. Erst in der Normalisierungs-Ära, so Kolář, sei es mit dem seit 1970 geplanten „Überblick über die Geschichte der Tschechoslowakei“ zu einer Wiederaufnahme des Syntheseprojekts gekommen, wenn auch mit etwas prosaischer Ausrichtung. Für die Zeit nach 1989, die historiographisch durch das Geschichtsbild des Dissens geprägt sei, beobachtete Kolář das Aufkommen negativer Meistererzählungen: Diese „Restitutionsmeistererzählungen“ knüpften durch gewisse Strukturmerkmale an die vorherigen Syntheseveruche an und seien insofern mit ihnen vergleichbar. Jiří Pešek (Prag) äußerte aufgrund der verschiedenen Entstehungskontexte Zweifel an der Vergleichbarkeit der ausgewählten Beispiele. Pavel Kolář und Christiane Brenner argumentierten jedoch, dass es sich in allen ausgewählten Fällen um Narrative mit dem Anspruch einer historischen Gesamtkonzeption handele und ein Vergleich insofern legitim sei.

Um einen Vergleich der Deutungsmuster verschiedener marxistischer Historiographien ging es Maciej Górny (Warschau). Am Beispiel der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege zeigte er auf, wie die tschechoslowakische, polnische und DDR-Geschichtsschreibung in den 1950er und 1960er Jahren versuchten, „progressive Traditionen“ in der Geschichte an die jeweilige Nationalgeschichte zu adaptieren und diese gegebenenfalls zu re-interpretieren. Dass dies

nicht immer einfach war und in den einzelnen Historiographien durchaus auch zu unterschiedlichen Einschätzungen bestimmter Ereignisse führen konnte, verdeutlichte Górný an einer Fülle von Beispielen, leider jedoch ohne zu einer Synthese zu kommen.

In der nun folgenden „Prager Sektion“ des Nachmittages, die einzelne Themenfelder der tschechischen Nachkriegshistoriographie in den Mittelpunkt rückte, beschäftigte sich Michal Frankl (Prag) zunächst mit der historiographischen Aufarbeitung des Holocaust in der Tschechoslowakei und stellte die Genres sowie die wichtigsten Institutionen und Personen vor, wobei er Miroslav Kárný als Schlüsselfigur der tschechoslowakischen Holocaustforschung identifizierte. In erster Linie als Betroffenenforschung und ohne institutionelle Rückendeckung betrieben, sei die Shoa von der Mainstream-Historiographie weitgehend totgeschwiegen und nur in Zusammenhang mit der Verfolgung der tschechischen Bevölkerung thematisiert worden.

Mit Edvard Beneš stand dann eine nicht nur in der tschechischen bzw. tschechoslowakischen Historiographie sehr kontrovers diskutierte Person im Zentrum des Vortrags von Ivan Šedivý (Prag). Dass nach 1989 nur eine einzige Biographie über Beneš erschienen ist,⁴ erklärte Šedivý damit, dass in der tschechischen Historiographie Biographien keine Tradition hätten und Beneš vor allem im Kontext der großen politischen Zäsuren von 1938 und 1948 thematisiert werde. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem „methodologischen Nachhinken“ der tschechischen Historiker. Den aktuellen Streit um Beneš wertete er als Auseinandersetzung um das gegenwärtige und zukünftige Profil der tschechischen Historiographie.

Die sich an die beiden Vorträge anschließende Diskussion drehte sich vor allem um die von Jiří Pešek vertretene These, das kommunistische System der Tschechoslowakei sei in höchstem Maße antisemitisch gewesen. Pešek warf Frankl vor, diesen wichtigen Kontext in seinem Vortrag ausgeklammert zu haben. So sei die geringe Beachtung des Holocaust in der tschechoslowakischen Geschichtsschreibung nicht einem mangelnden Interesse, sondern vielmehr den politischen Rahmenbedingungen geschuldet gewesen, die eine ernsthafte Behandlung des Themas unmöglich gemacht hätten. Pavel Kolář widersprach dieser Klassifizierung des Systems und wies darauf hin, dass das Thema Holocaust auch noch in den Schulbüchern Anfang der 1990er Jahre kaum Erwähnung gefunden habe. Jan Křen (Prag) machte abschließend darauf aufmerksam, dass seit gut zehn Jahren am Institut für Zeitgeschichte und am Institut Theresienstädter Initiative die Defizite auf dem Gebiet der tschechischen Holocaustforschung abgebaut würden.

Den Institutionen der Geschichtsforschung im Ostmitteleuropa der Nachkriegszeit wandte sich schließlich Jiří Pešek zu, der auf der Basis von Vorlesungsverzeichnissen einen Vergleich der Geschichtswissenschaft an ausgewählten Universitäten der Tschechoslowakei, der DDR und Polens anstellte. Diese hatten nach dem Krieg ihre traditionelle Führungsrolle auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft zunächst gegenüber dem sowjetischen Modell der Akademien und staatlichen

⁴ Zeman, Zbynek A./Klimek, Antonín: The Life of Edvard Benes, 1884-1948: Czechoslovakia in Peace and War. Oxford 1997.

Editionsinstitute zu behaupten. Für die polnischen und tschechoslowakischen Universitäten der unmittelbaren Nachkriegszeit beobachtete Pešek eine ausgeprägte Nationalisierung mit pointiert antideutscher Wendung. Während Pešek für die Zeit um 1950 noch ein recht heterogenes Bild der jeweiligen Schwerpunkte der Lehre zeichnete, konstatierte er für die zweite Hälfte der 1950er Jahre eine allgemeine Ideologisierung (mit Ausnahme der Katholischen Universität Lublin). Die Zeit um 1960 sei dann im Wesentlichen durch eine Konzentration auf die Nationalgeschichte geprägt gewesen. Die Frage der personellen Kontinuitäten wiederum beantwortete Pešek für die untersuchten Länder sehr unterschiedlich. So habe es in Prag und zum Teil auch in Brno (Brünn) eine starke personelle Kontinuität der Professorenschaft gegeben, wohingegen die ostdeutschen und polnischen Universitäten eine tief greifende Um- bzw. Neugestaltung ihres Lehrkörpers erfahren hätten. Dieser These widersprach Klaus Zernack (Berlin) mit dem Hinweis, dass die Rekrutierung der polnischen Dozentenschaft aus der gut ausgebauten Untergrunduniversität erfolgt sei.

Mit den bundesdeutschen Institutionen der Osteuropaforschung, die im Mittelpunkt der zweiten Sektion standen, näherte sich die Tagung schließlich der deutschen Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern. Thekla Kleindienst (Rostock) beschäftigte sich in ihrem Vortrag zunächst allgemein mit den vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen der Sphäre der Politik und den Institutionen der bundesgeförderten Ost(europa)forschung. Sie verdeutlichte sehr anschaulich, wie stark die Entwicklung und Förderung der deutschen Ostforschung vor allem von den politischen Konjunkturen abhängig war: Nach anfänglicher Begeisterung der Politik für den institutionellen Wiederaufbau der Disziplin, bei dem persönliche Netzwerke eine wichtige Rolle spielten, flaute das Interesse in der Ära der Entspannungspolitik merklich ab, verbunden mit einem langsamen Ausstieg des Bundes aus der institutionellen Förderung. Die 1990er Jahre sahen schließlich eine heftige Debatte um die Inhalte und die Daseinsberechtigung des Faches. Als zentrale Frage der Beziehungen zwischen Politik und Wissenschaft machte Kleindienst die Finanzierung und Nutzbarmachung der Forschungsergebnisse aus. In diesem Zusammenhang wies Hans Lemberg auf die vielfältigen und zum Teil recht kreativen Bemühungen der Wissenschaftler hin, die Politik beraten zu dürfen.

Christoph Cornelißen (Kiel) wandte sich dann der Vor- und Frühgeschichte des Collegium Carolinum zu und bestätigte die von Kleindienst dargestellte enge Verflechtung von Politik und Wissenschaft am konkreten Beispiel. Trotz der schwierigen Quellenlage demonstrierte er eindrucklich, wie sehr sich gerade die sudeten-deutschen Wissenschaftler in der „Gründerzeit“ der 1950er Jahre einer politisch-administrativen wie auch finanziellen Förderung durch Bund und Länder, in diesem Falle Bayern, erfreuen konnten. Cornelißen führte dies auf ein Beziehungsgeflecht zurück, das seinen Ursprung noch in der Tschechoslowakei bzw. im „Protectorat Böhmen und Mähren“ hatte. Als prominenteste Förderer einer neu einzurichtenden Forschungsstelle für die böhmischen Länder nannte Cornelißen Theodor Oberländer und Walter Becher, die freilich andere Vorstellungen von den Aufgaben des Instituts hatten als die beteiligten Wissenschaftler. Letztere rekrutierten sich – wie schon bei der zuvor gegründeten Historischen Kommission der Sudetenländer –

vor allem aus den ehemaligen deutschen Historischen Kommissionen, Vereinen und Archiven der böhmischen Länder. An der Spitze der Initiatoren stand mit Theodor Mayer allerdings eine Persönlichkeit, die vor 1945 auch und insbesondere auf reichsdeutscher Ebene „organisationspraktische Erfahrungen“ hatte sammeln können – etwa im Zusammenhang mit dem Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften. Das „Gewebe der Ostforschung“, so Cornelißen, war damit auch für das Collegium Carolinum das organisatorische Gerüst, das eine personelle und im Wesentlichen auch inhaltliche Kontinuität über 1945 hinaus garantierte, trotz einzelner Versuche einer Revision. Die in der Frühphase von den Wissenschaftlern gegenüber den Ansprüchen der Politik vielfach betonte „strenge Wissenschaftlichkeit“ ihrer Arbeit und die damit verbundene Orientierung an einem entpolitisierten Historismus führten schließlich zu einem Prozess der Verwissenschaftlichung, der lange Zeit eine selbstkritische Aufarbeitung der Jahre vor 1945, einschließlich der Selbstmobilisierung im Dritten Reich, verhinderte. Wie sich die Integration der sudetendeutschen Wissenschaftler in die bundesrepublikanische Wissenschaftslandschaft im Einzelnen vollzogen hat und inwieweit dabei ältere Narrative fortbestanden oder durch wirkliche Neuansätze ersetzt wurden, konnte Cornelißen nicht abschließend beantworten. In der lebhaft geführten Diskussion wurden insbesondere – auch vor dem Hintergrund des von Cornelißen angerissenen gruppenbiographischen Aspektes – die Zusammensetzung des „Prager Kreises“ sowie die von den Gründungsmitgliedern so nachdrücklich geforderte Verwissenschaftlichung thematisiert. Hans Lemberg sprach in diesem Kontext gar von einer langsamen „Entsudetendeutschung“. Die Frage Błażej Białkowskis (Berlin), wann die letzten zwei Stufen dieses Prozesses, das heißt die Entpolitisierung und Selbstreflexion, schließlich auch beim Collegium Carolinum einsetzen, blieb allerdings offen.

Mit verschiedenen Deutungsmodellen in Bezug auf die Geschichte der Deutschen in den böhmischen Ländern befassten sich die Referenten der dritten Tagungssektion. Robert Luft (München) sorgte in seinem Vortrag zunächst für eine Einordnung der historischen Bohemistik in die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, wobei er konstatierte, dass Erstere in Deutschland erst mit der Vertreibung der Deutschen aus der ČSR Fuß gefasst habe. Die Tatsache, dass die Bohemistik zunächst auf das außeruniversitäre Feld beschränkt blieb, erleichterte nach Ansicht Lufts die Integration ihrer Protagonisten in die bundesdeutsche Wissenschaftslandschaft. Anhand der verschiedenen Generationen von Bohemisten demonstrierte er die Entwicklung des Faches: So war die Zeit bis 1960 dominiert von der institutionellen Etablierung des Faches und der Integration der vertriebenen sudetendeutschen Wissenschaftler, die sich noch vornehmlich mit „sudetendeutschen“ Themen beschäftigten. In den 1960er Jahren rückte eine jüngere Generation nach, die neue Themen und Paradigmen aufgriff: Das von Karl Bosl herausgegebene, territorialgeschichtlich angelegte „Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder“ wertete Luft trotz seiner weiterhin starken Verhaftung in nationalen Denkkategorien als einen entscheidenden Bruch mit der noch nach 1950 gepflegten Volkstumsgeschichte. Mitte der 1970er Jahre sei schließlich eine Phase der Differenzierung und Versachlichung eingeläutet worden. Eine „sudetendeutsche Historiographie“, so Luft, habe sich nach 1945 innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft nicht

entwickelt. Die historische Bohemistik jedoch sah er innerhalb des Faches insgesamt recht stark positioniert, wenn sie auch hinsichtlich der Produktionstätigkeit nicht mit der Polonistik konkurrieren könne. Luft beklagte in diesem Zusammenhang, dass es, anders als etwa für den tschechischen Fall, immer noch keinen umfassenden Überblick über die deutsche historische Forschung zu Böhmen gebe. Manfred Alexander (Köln) plädierte in der Diskussion des Beitrags dafür, schon für die zweite Forschergeneration den inhaltlich sehr eng gefassten Begriff „Bohemistik“ durch „osteuropäische Geschichte“ zu ersetzen, was allgemein auf Zustimmung stieß. Klaus Zernack (Berlin) übernahm es dann, den Stellenwert der Bohemistik – wie auch der Polonistik – im Gesamtkontext der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft etwas zu relativieren: Diese würden doch nur als Randerscheinungen wahrgenommen.

Aus dem Blickwinkel und mit den Methoden der Politologie erläuterte Samuel Salzborn (Gießen) anschließend in der gleichen Sektion die Beziehungen zwischen der Volksgruppenkonzeption der Sudetendeutschen Landsmannschaft und den Vorstellungen der sudetendeutschen Volksgruppenforschung. In seinem Vortrag arbeitete er sowohl die zentralen Denkfiguren und Motive der Volksgruppentheorie als auch die enge Verbindung bzw. Interessenparallelität (d.h. die Schaffung eines europäischen Volksgruppenrechts) von Sudetendeutscher Landsmannschaft und prominenten Volksgruppentheoretikern heraus und kam zu dem Schluss, dass Letztere in einem dialektischen Verhältnis zueinander stünden.

In der vierten und letzten Sektion wurde schließlich die deutsch-tschechische Binnenschau um verschiedene Perspektiven erweitert. Im ersten Teil des Exkurses zur „Historiographie in vergleichender Perspektive“ widmeten sich Klaus Zernack (Berlin) und Gerhard Seewann (München) der polnischen bzw. ungarischen Geschichtsschreibung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zuerst bot Zernack einen Überblick über die „Europäizität“ der polnischen Historiographie des 20. Jahrhunderts, die er mit den Schlagworten „Nation“, „Unabhängigkeit“ und „Weltoffenheit“ belegte. Die polnische Geschichtswissenschaft habe nach der institutionellen wie personellen Vernichtung im Zweiten Weltkrieg in den Jahren nach 1945 eine „beispiellose Renaissance“ erlebt, die bis auf eine kurze stalinistische Periode zwischen 1948 und 1956 durch einen methodischen Pluralismus gekennzeichnet gewesen sei. Als eine der herausragendsten Leistungen des neuen nationalgeschichtlichen Diskurses seit Ende der 1950er Jahre nannte Zernack die regional- und landesgeschichtliche Auseinandersetzung mit Preußen-Deutschland und Russland bzw. die Zusammenführung von europäischer und polnisch-nationaler Geschichtsschreibung.

Mit der „Nationalhistoriographie und Enthistorisierung der sozialistischen Gesellschaft in Ungarn 1948-1989“ setzte sich dann Gerhard Seewann auseinander. Er konstatierte eine „Obsession des Landes mit seiner Geschichte“, die er auf das Trauma von Trianon zurückführte. Die Verwissenschaftlichung der ungarischen Geschichtswissenschaft, so Seewann, habe aber erst nach 1968 im Gefolge einer beschränkten Autonomie der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften eingesetzt. Die Eigendynamik des parteiamtlich verfügbaren Diskurses habe in dieser Zeit zu einer Selbstreflexion des Faches und seiner Öffnung nach außen, insbesondere nach

Westen geführt. Parallel zu dieser Entideologisierung sei die Nation als historische und historiographische Kategorie rehabilitiert worden, wie etwa in der 1986 erschienenen „Geschichte Siebenbürgens“. Einen wirklichen Systemwechsel in der ungarischen Geschichtswissenschaft mochte Seewann allerdings erst in den Jahren nach 1989 feststellen.

Erfrischend frei skizzierte Benjamin Frommer (Evanston) im zweiten Abschnitt der Sektion die US-amerikanische Historiographie zu den böhmischen Ländern, wobei er drei verschiedene Generationen und Ansätze identifizierte: einen positivistisch-politikgeschichtlichen bis in die 1970er Jahre, einen sozialgeschichtlichen in den 1970er und 1980er Jahren und schließlich einen kulturgeschichtlichen seit den 1990er Jahren. Seit 1989 sei ein sprunghafter Anstieg in der Forschung zu den böhmischen Ländern zu verzeichnen, die nun in den weiteren Kontext Ostmitteleuropas oder der Habsburgermonarchie gestellt würden. Frommer wies allerdings in seinem Vortrag wie auch in der anschließenden Diskussion deutlich darauf hin, dass die historische Bohemistik in den USA bei weitem noch nicht den gleichen Institutionalisierungsgrad erreicht habe wie in Deutschland.

Eine Diskussion mit Jiří Pešek über die tschechische Zeitgeschichtsschreibung⁵ bildete schließlich den Ausgangspunkt für Martin Schulze Wessels Schlussreferat über „Tschechische Zeitgeschichte als europäische Geschichte“. Der Ersteren warf Schulze Wessel – im Vergleich zur Frühneuzeitforschung – einen Mangel an Internationalisierung vor, den er vor allem an der bisher noch weitgehend fehlenden Terminologie festmachte. Ähnlich wie ihr deutsches Pendant sei die tschechische Zeitgeschichtsforschung auch nach 1989 durch eine „nationale Fixiertheit“ gekennzeichnet. Schulze Wessel machte allerdings auf tschechischer Seite ein Bestreben aus, eine Synthese zwischen den vor 1989 konkurrierenden „Deutungsachsen“ (Dan Diner) der europäischen Zeitgeschichte herzustellen. Dennoch bildeten beziehungs- geschichtliche Werke oder komparative Fragestellungen wie in der deutschen Geschichtsschreibung der 1980er und 1990er Jahre weiterhin eine Ausnahme. In der Diskussion plädierte Christoph Cornelißen dafür, den Nationalstaat in der transnationalen Forschung nicht ganz zu vernachlässigen, und machte in Anlehnung an Harold James den Vorschlag, nicht von „europäischer Zeitgeschichte“, sondern von „Zeitgeschichte Europas“ zu sprechen. Jiří Pešek regte an, durch eine Abkehr von der Politikgeschichte hin zu einer Alltags- und Kulturgeschichte zu einer Europäisierung der bisher eher nationenzentrierten Zeitgeschichte beizutragen.

In der Schlussdiskussion wurden dann in erster Linie die derzeitige innerfachliche Debatte in Tschechien sowie der Aspekt der Europäisierung nationaler Historiographien sehr kontrovers diskutiert. Anknüpfend an Martin Schulze Wessels Beitrag und vor dem Hintergrund der auf der Tagung thematisierten oftmals engen Verflechtung von Geschichtswissenschaft und Politik ging Jaroslav Kučera (Prag) in seinem Kurzreferat zunächst auf die unlängst heftig ausgetragene inner- und außer-

⁵ Vgl. Pešek, Jiří: Zeitgeschichtsschreibung in Tschechien als Problem. Notizen zu: Martin Schulze Wessel: Zeitgeschichtsschreibung in Tschechien. Institutionen, Methoden, Debatten. In diesem Heft der Bohemia. – Schulze Wessel, Martin: Zeitgeschichte als internationale Geschichte – Antwort an Jiří Pešek. In: *Ebenda*.

fachliche Debatte um die tschechische Zeitgeschichtsschreibung ein. Diese wurde ausgelöst durch ein höchst umstrittenes Manifest des Historikerverbandes der Tschechischen Republik von 1999,⁶ mit welchem die Fachhistoriker eine Diskussion über die leichtfertige Instrumentalisierung der Geschichte durch die Medien anregen wollten. Kučera diagnostizierte in diesem Streit eine Frontbildung zwischen den jeweiligen Fraktionen, die er nicht zuletzt auf eine „partielle Politiknähe“ der tschechischen Historikerschaft zurückführte. Als weiteres Beispiel für diesen Sachverhalt führte er das vom tschechischen Kultusministerium geförderte, ebenfalls sehr umstrittene Werk „Geschichte verstehen“ an,⁷ woraufhin Christiane Brenner auf ähnliche – eben nicht als anrühlich empfundene – bundesdeutsche Publikationen verwies und anregte, deutsche und tschechische „offizielle“ Geschichtserzählungen einem Vergleich zu unterziehen. Während Jan Křen Kučeras Kritik an „Geschichte verstehen“ als „künstlich“ bezeichnete, beklagten Jiří Pešek und Miloš Řezník (Chemnitz) grundsätzlicher, dass innerhalb der tschechischen Geschichtswissenschaft keine inhaltlichen Diskussionen geführt würden.

Die oft geforderte, aber auch auf dieser Tagung nur in Ansätzen verwirklichte Internationalisierung der historiographischen Forschung hingegen stand im Zentrum des Statements von Peter Bugge (Aarhus). Er identifizierte in Hinblick auf die Bohemistik eine „deutsch-tschechische Forschungsgemeinschaft“ innerhalb der internationalen historischen Gemeinde, die sich vor allem gegenüber der US-Historiographie positioniere – eine Beobachtung, die durch den Verlauf der anschließenden Diskussion eine eindeutige Bestätigung erhielt. Gleichzeitig bildeten nach Bugge aber alle drei nationalen Schulen in sich geschlossene Systeme: Trotz aller gegenseitigen Wahrnehmung seien die Diskurse mehr durch ein „lebendiges Nebeneinander“ als durch ein Miteinander geprägt. Ferner warf Bugge die Frage auf, was überhaupt unter „europäischer Zeitgeschichte“ zu verstehen sei, und monierte in diesem Kontext die häufig anzutreffende Attitüde westlicher Historiker, „osteuropäische“ Ansätze weitgehend zu ignorieren bzw. zu wenig zu respektieren. Auch Edita Ivaničková kritisierte zwar die häufige Ausklammerung „Osteuropas“ aus dem Kontext der „europäischen“ Geschichte, verwies jedoch zugleich auf die Eigenverantwortung tschechischer und slowakischer Historiker, sich in den internationalen Diskurs einzubringen. Das Schlussstatement Christoph Boyers (Berlin) wurde wegen der hitzigen Diskussion über die beiden anderen Kurzreferate leider nicht hinreichend wahrgenommen. Dabei bot gerade Boyer mit dem Vorschlag einer differenzierten konzeptionellen wie begrifflichen Erfassung der ostdeutschen, polnischen, tschechoslowakischen und ungarischen Historiographie einen Ansatz zu einem Vergleich der historiographischen Kulturen dieser vier staatssozialistischen Systeme.

⁶ *Pánek, Jaroslav/Pešek, Jiří*: Historikové proti znásilňování dějin (Stanovisko Sdružení historiků České republiky) [Historiker gegen die Vergewaltigung der Geschichte (Stellungnahme des Historikerverbandes der Tschechischen Republik)]. In: *Historikové proti znásilňování dějin. Příloha ke Zpravodaji Historického klubu 12* (2001) 2, 3-7.

⁷ *Beneš, Zdeněk/Kural, Václav* (Hgg.): *Rozumět dějinám. Vývoj česko-německých vztahů na našem území v letech 1848-1948* [Geschichte verstehen. Die Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen auf unserem Gebiet in den Jahren 1848-1948]. Praha 2002.

Die in der Diskussion – wie auch schon auf der Tagung des Vorjahres – bemängelte fehlende interdisziplinäre und internationale Perspektive war das Hauptdefizit dieser insgesamt sehr anregenden Tagung. Zwar wurde der Rahmen gegenüber dem ersten Teil der Doppeltagung weiter gesteckt und die Fixierung auf die deutsche und tschechische Geschichtsschreibung aufgebrochen. Dennoch gab es insgesamt kaum transnationale Ansätze oder Vergleichsperspektiven, was die Tagung bisweilen etwas heterogen erscheinen ließ. Auch der Anspruch der doppelten Berücksichtigung des Zeitraums 1938-1952 und somit der Reflexion von Kontinuitäten und Diskontinuitäten konnte nicht wirklich eingelöst werden. Gerade aufgrund der noch reichlich bestehenden Defizite – auch die Einordnung der Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern in den Kontext der deutschen Ostforschung ist noch zu leisten – ist zu hoffen, dass nach diesem Anfang die Erforschung der Historiographie zu den böhmischen Ländern nicht wieder in einen Dornröschenschlaf verfällt. Es gibt noch viel zu tun.